

Stellungnahme

Gezielte Anpassung der AGVO bei Programmen

Berlin, September 2019
Abteilung Gewerbeförderung

Stellungnahme zur gezielten Anpassung der AGVO bei Programmen

Das Handwerk begrüßt den Ansatz, die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AGVO“) in Bezug auf EU-Programme auszudehnen. Insbesondere sind beihilferechtliche Vereinfachungen für gemeinsame Projekte, die sowohl aus zentral gesteuerten Fonds als auch aus Strukturfonds finanziert werden, positiv zu bewerten. Auch die Ermöglichung einer flexibleren Zusammenarbeit zwischen Horizon2020 und Strukturfonds im Bereich der Forschungsförderung befürwortet das Handwerk im Grundsatz. Keinesfalls darf es aber zu einer stärkeren Umschichtung von Strukturfondsmitteln (die regional organisiert sind und sehr auf die Bedürfnisse von KMU angepasst werden können) auf zentral gesteuerte Fonds wie Horizon2020 kommen. Zentral gesteuerte Instrumente haben ihre Berechtigung. Da sie aber zumeist vorrangig von Großunternehmen genutzt werden, dürfen diese Programme nicht auf Kosten der ohnehin ab 2021 reduzierten Strukturfondsmittel gehen. Wo Synergien zwischen zentralen Programmen und KMU-orientierter Förderung über die Strukturfonds möglich sind, spricht aus Sicht des Handwerks nichts gegen eine Anpassung der AGVO. Es muss jedoch klargestellt bleiben, dass die inhaltliche Priorisierung der Strukturfondsmittel über die operationellen

Programme der Regionen erfolgt und das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Zusammenarbeit strikt gewahrt bleibt.

Im Entwurf zur Änderung der AGVO wird u.a. der Artikel 20a neu eingeführt, der sich auf geringe Beihilfen für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit bezieht. In diesem Artikel wird vorgesehen, dass ETZ-Projekte, bei denen die gewährten Beihilfen pro Projekt 20.000 € nicht überschreiten, als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Derartige Finanzierungen wurden bisher als De-minimis-Beihilfen gewährt. Dieses Umdenken seitens der EU, hinsichtlich einer Entbürokratisierung durch gezielte Ausnahmeregelungen bei sehr geringen Förderbeträgen, begrüßt das Handwerk sehr. Bei kleinen Förderbeträgen besteht nur ein sehr geringes Risiko, dass sie den Wettbewerb im gemeinsamen Binnenmarkt verzerren, so dass die Unternehmen von entsprechenden Erleichterungen in Bezug auf die Dokumentationspflichten profitieren sollten. Diese Regelung für sehr kleine Förderbeträge sollte aber nicht nur auf ETZ-Projekte begrenzt sein, sondern auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden, um vor allem KMU bürokratisch zu entlasten. Hier sind, aus Sicht des Handwerks, vor allem KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten von Bedeutung.

Dem Handwerk kommt das Förderprogramm "Know-how-Transfers im Handwerk" zu Gute, das kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit gibt, unentgeltliche Beratungsleistungen in geringem Umfang in Anspruch zu nehmen. Dieses Programm muss aktuell auf Grundlage der De-minimis-Verordnung durchgeführt werden. Diese Pflicht löst erhebliche bürokratische Lasten aus, die mit der Pflicht zur Beibringung von De-Minimis-Erklärungen zusammenhängen, und es führt dazu, dass Beratungsleistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden. Dabei ist eine Wettbewerbsverzerrung nahezu ausgeschlossen: Nach einer Umfrage des Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben 83% der Betriebe, die in die Beratungen gekommen sind, zuvor gar keine De-minimis Beihilfen erhalten. Von den Betrieben, die zuvor Beihilfen erhalten haben, geben 88% ein Volumen von unter 20.000 € an.

Außerdem wird der finanzielle Aufwand für die zusätzlichen administrativen Tätigkeiten durch die Auflagen der De-minimis-Verordnung im Schnitt mit rund 3.000 € je Beratungsstelle von den Handwerksorganisationen angegeben. Das macht bei allen Beratungsstellen bundesweit einen Betrag von 1,35 Mio. € pro Jahr aus. Diesem Aufwand steht ein durchschnittlicher Subventionswert von knapp unter 300 € je Einzelberatung gegenüber. Hinzu kommt, dass der zuvor für die Betriebe vollkommende schwellenfreie Zugang zu Beratungsleistungen durch die De-minimis-Verordnung ge-

hemmt ist. Betriebe verzichten aufgrund der Bürokratie auf die Inanspruchnahme, von notwendigen Beratungsleistungen.

Bei Projekten mit einer Vielzahl von Empfängern und jeweils sehr geringen Förderbeträgen steht der bürokratische Aufwand zur Einhaltung der Voraussetzungen nach der De-minimis-Verordnung in keinem Verhältnis zur Gefährdung des Wettbewerbs. Denn eine Wettbewerbsverzerrung bei einem durchschnittlichen Subventionswert von unter 300 € anzunehmen, ist abwegig. Daher sollten auch bei Beratungsleistungen für KMU kleine Förderbeträge von der beihilfrechtlichen Betrachtung ausgenommen werden, um die Betriebe zu entlasten, wie es bei ETZ-Projekten durch die neu angepasste AGVO möglich ist. Angesicht der Bedeutung von geförderten Beratungsleistungen für KMU und der sehr geringen Gefahr von Wettbewerbsverfälschungen sollte in der Gruppenfreistellung für gering Beihilfebeträge, deren Bruttosubventionswert 20.000 € nicht übersteigt, eine Vereinfachung vorgesehen werden, indem Beratungen unter die Gruppenfreistellung fallen, ohne weitere Voraussetzungen erfüllen zu müssen.

Neben Ausnahmen in der AGVO für sehr geringfügige KMU-Beihilfen sieht das Handwerk jedoch noch weiteren Handlungsbedarf in Bezug auf die Freistellung von KMU-Förderungen in der AGVO. Artikel 18 AGVO („KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten“)

stellt nach Auffassung der EU-Kommission ausschließlich den Fall der bilateralen Vertragsbeziehung zwischen Betrieb und freiberuflichen Unternehmensberatern, aus der eine direkte Förderung des Unternehmens resultiert, von der Beihilfenkontrolle frei.

Die Direktförderung der Unternehmen ist aufgrund der Antragsbürokratie, der zeit-
aufwendigen Beratersuche und dem geringen Interesse der freiberuflichen Berater sowie oftmals fehlendem handwerksspezifischem Know-hows auf dem freien Markt jedoch nicht hinreichend, um Handwerksbetriebe bzw. KMU in ausreichender Zahl effektiv zu fördern. Daher sollte die Förderung von Beratungsstellen bei KMU-Organisationen ebenfalls von der Beihilfenkontrolle ausgenommen werden. Für den Wettbewerb im gemeinsamen Binnenmarkt wäre dies unschädlich.

Weiterhin sollten Förderprogramme mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, wie beispielsweise die „Passgenaue Besetzung“ von Ausbildungsplätzen in Deutschland, im Sinne einer effizienten Förderung auch dann in der AGVO von der Beihilfenkontrolle ausgenommen werden, wenn diese ausschließlich an KMU gerichtet sind.